

Dr. Helga Konrad
Bundesministerin a.D.
Konsultantin für den Kampf gegen Menschenhandel
Ehemalige OSZE Sonderbeauftragte

AUF DEM WEG ZUR GESCHLECHTERDEMOKRATIE

Die Menschheit hat zweitausend Jahre gebraucht, um die Konsequenzen der Botschaft ‚all men are equal‘ auch nur zu erahnen. Und erst seit einem winzigen historischen Moment, seit einigen wenigen Jahrzehnten, dämmert ihr offenbar die Katastrophe – ‚and all women are equal, too‘.

Es bedarf keiner großen soziologischen Untersuchungen um festzustellen, dass wir es nach wie vor mit ‚Demokratien der Männer‘ zu tun haben, die gekennzeichnet sind von der Ungleichverteilung machtbezüglicher Ressourcen wie Arbeitsplätze, Zeit, Geld, politische Mandate auf der einen Seite und der Ungleichverteilung von Belastungen wie Versorgungsarbeit, Familienarbeit, Reproduktionsarbeit auf der anderen Seite.

Von ‚paritätischer Demokratie‘ oder Geschlechterdemokratie trennt uns die Wirklichkeit der Un-Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Es trennt uns das Festhalten an der Überzeugung, dass das Geschlechterverhältnis eine private Beziehungsangelegenheit ist und nicht eine gesellschaftliche Organisationsform, somit also ein Herrschaftsverhältnis.

Solange wir das nicht erkennen, werden wir in der Rhetorik der Gleichheit verhaftet bleiben; den Worten werden keine entscheidenden Taten folgen.

Wir fragen uns also heute: sind die unterschiedlichen Lebens- und Handlungsbedingungen der Geschlechter in den letzten Jahren in Bewegung geraten?

Die nicht gering zu schätzenden Veränderungen zugunsten der Frauen zum Beispiel in Recht und Bildung sind eher Veränderungen des Bewusstseins. In der Arbeitswelt, im Bereich der sozialen Sicherung, in der Partizipation an Politik und öffentlichem Leben ändert sich die Lage der Frauen nur sehr zögerlich.

Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation: durch die Angleichung in Bildung und Ausbildung sowie durch die Erwartungen der Frauen hinsichtlich rechtlicher Gleichstellung, treten die Ungleichheiten verstärkt ins Bewusstsein. Die konkrete Lebensrealität von Frauen und Männern wird in ihren Unterschieden deutlicher und verliert vor allem immer mehr an Legitimation.

Die Strukturen des Geschlechterverhältnisses – Asymmetrie, Hierarchie, Polarisierung und Macht – sind durch Emanzipation und Frauenpolitik nicht wirklich erschüttert. Das Beharrungsvermögen patriarchaler Männlichkeit ist groß – beim Einzelnen ebenso wie im Kollektiv der Männergesellschaft.

Bei den meisten Männern ist bestenfalls eine verbale Aufgeschlossenheit bei gleichbleibender Verhaltensstarre zu konstatieren. Womit sie mit ihrem Kopf eintreten, setzen sie nicht in konkretes Handeln um.

Das Bewusstsein der Frauen hingegen ist den realen Verhältnissen vorausgeeilt und es ist unwahrscheinlich, dass die Uhren dieses Bewusstseins wieder zurückgedreht werden.

Wenn also die Geschlechter anfangen, ernsthaft ihre Verhältnisse in den Blick zu nehmen, dann müssen sie unweigerlich die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse als dringend veränderungsbedürftig erkennen.

Das führt uns unweigerlich zur Frage, welche Rahmenbedingungen schafft staatliche Politik für die Geschlechter? Begünstigt sie ein egalitäres Geschlechterverhältnis, das Frauen und Männern aus ihrer Geschlechtszugehörigkeit keinerlei Nachteile erwachsen lässt? Oder verschleiert sie eher das reale Machtverhältnis und trägt somit zu dessen Fortbestand bei?

Vielleicht erinnern Sie sich noch: Das Private ist politisch, hieß es richtigerweise in der StudenInnen- und Frauenbewegung. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass das Verhältnis der Geschlechter zueinander als politisch thematisiert werden muss. Und ebenso das Verhältnis der Frauen zum Staat, zur Öffentlichkeit, zur gesellschaftlichen Macht. Nach wie vor ist das gesellschaftliche Dasein der Frauen mehr durch Ausgrenzung als durch Partizipation bestimmt. Und der weibliche Lebenszusammenhang – insbesondere dessen familiärer Teil – gilt als das Gegenteil von Politik.

Die politische Antwort auf diese letztlich undemokratische Situation, muss in einem klaren Bekenntnis zu ernsthaften und ernst gemeinten strukturellen Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter liegen.

Ohne in diesem Zusammenhang hier genauer auf die Analyse geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung eingehen zu können, möchte ich dennoch an erster Stelle auf die Bedeutung der Haus- und Familienarbeit als vorrangige Konstitutionsbedingung des Geschlechterverhältnisses hinweisen. Vielen von

Ihnen ist es sicher nicht entgangen, dass sich an der partnerschaftlichen Teilung der privaten Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen hitzigste Diskussionen entzündet haben und zum Teil immer noch entzünden.

Das Ansinnen, sich an etwas zu beteiligen, was von Frauen nahezu ausnahmslos als Selbstverständlichkeit erwartet wird – nämlich Hausarbeit, Kinderbetreuung, sonstige private Versorgungsleistungen u n d Erwerbsarbeit zu vereinbaren – wird von den meisten Männern als Zumutung oder oft - mangels diesbezüglicher Vorstellungskraft - gar nicht verstanden.

Das Wort ‚Gleichstellung‘ hat für sie eben einen anderen Sinn: es bedeutet nicht – wie für Frauen – bessere Berufschancen, ökonomische Unabhängigkeit, weniger Hausarbeit -, sondern sie fürchten: mehr Konkurrenz, Verzicht auf Karriere, mehr Hausarbeit. Und im jeweiligen Einzelfall halten sie die Gleichstellung von Mann und Frau unter Beibehaltung der traditionellen Arbeitsteilung ohne weiteres für vereinbar.

Was sich also ändern muss, ist die derzeitige Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Wenn die einen, die Frauen, nicht mehr diskriminiert, sondern gleichbehandelt werden, dann bedeutet das, dass die Männer, nicht mehr privilegiert, sondern ebenfalls n u r gleichbehandelt werden.

Die Trennung von ‚öffentlich und privat‘ hat hier besonders fatale Folgen für Frauen.

Die Konsequenzen für Frauen sind vielfältig. In unserer ‚Erwerbsgesellschaft‘ wird ihnen das menschliche Grundrecht auf eine eigene eigenständige ökonomische Existenzsicherung verwehrt. Sie arbeiten unbezahlt, schlecht

bezahlt, sind abhängig und vielfach armutsgefährdet. Und ich spreche hier nicht von einer Minderheit. Wer Interesse hat, kann alles schwarz auf weiß nachlesen. Und wenn es eine Wirtschaftskrise gibt, dann sind Frauen doppelt betroffen – als Erwerbstätige und als diejenigen, die mit weniger Mitteln dennoch ihre Kinder bzw. Familien durchzubringen haben.

Aus dem **Frauenbericht der Arbeiterkammer** Wien 2005 geht klar hervor, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Frauen am Arbeitsmarkt, im Bereich der Einkommenssituation, der Qualifikation und der Teilhabe an öffentlicher Repräsentanz benachteiligt. Immer mehr Frauen werden in die Teilzeitbeschäftigung gedrängt (1995 lag die entsprechende Quote Österreichs unter dem EU-Schnitt, heute liegt sie mit 39 Prozent über dem EU-Schnitt von 31 Prozent¹), die dadurch mit enormen Einkommensverlusten rechnen müssen, die bis zur Alterspension ihre Fortsetzung finden.

Barbara Holland-Cunz formuliert es folgendermaßen: „Der Ausschluss aller Themen des Privaten zementiert patriarchale Herrschaft, in dem er die Rechte derjenigen verletzt oder negiert, deren primärer Arbeits- und Verantwortungsbereich (Familie, Hausarbeit, Reproduktion) die so genannte Privatsphäre ist“. Und diese Privatsphäre, wie wir wissen, wird den Frauen zugeschrieben.

Halbe/Halbe (Bewußtseinsbildungs-Kampagne der Frauenministerin zu einer gerechteren Verteilung von unbezahlter Reproduktions- und bezahlter Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern, 1996, unter dem Slogan: Ganze Männer machen halbe halbe) wurde und wird zwar auf der Ebene der Privatheit gespielt, ja herunter gespielt, die Konsequenzen lassen sich aber nicht auf die Privatheit beschränken. Im Gegenteil, die Konsequenzen sind in der öffentlichen Sphäre, in der Wirtschaft, in der Berufsarbeit und in der Politik zu spüren.

¹ vgl. AK-Frauenbericht, 2005. S. 7.

Halbe/Halbe birgt das Potential einer Veränderung der strukturellen Arbeitsteilung im Privaten und im Öffentlichen, formulierte Univ. Prof.in Siglinde Rosenberger. Das unterscheidet sie von den bisher praktizierten harmlosen, ungefährlichen Vereinbarkeitsmaßnahmen, wie Teilzeitarbeit, Karenzierungsmöglichkeiten etc., die die Berufsarbeit für Frauen um den Preis der Doppelbelastung und um den Stellenwert der Dazuverdienerin – mit allen negativen Konsequenzen für sie – möglich machen.

Die männliche Normalbiographie, die männliche Lebensplanung, für die charakteristisch ist, dass sie nicht durch familiäre Verpflichtungen belastet und unterbrochen wird und dass eine Partnerin im Hintergrund wirkt, die den Mann von Versorgungsarbeiten freihält, wird dadurch nicht gravierend betroffen.

Die strukturelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wird durch die erwähnten Vereinbarkeitspolitiken nicht aufgeweicht. Im Gegenteil, sie wird stabilisiert. Die gesellschaftlichen Widerstände sind deshalb gegen diese Politik nicht gravierend.

Meines Erachtens müssen wir hier mit nachhaltigen Prozessen der Veränderungen beginnen.

Kurz möchte ich noch einen weiteren Bereich ansprechen, dessen Strukturen massiv in Bewegung geraten müssen, wenn unser Staat für sich beanspruchen will, zumindest auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie zu sein: unser Rechtssystem.

Trotz formaler Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Rechtsordnung, trotz beschworener Gleichheitsproklamationen, trotz beträchtlicher Fortschritte in den Rechtspositionen der Frauen ist die Grundidee der Menschenrechte auch in unserem Land nicht realisiert: Freiheit von Armut

und Gewalt, Gleichheit der Arbeits- und Lebensbedingungen, Selbstbestimmung und verantwortliche Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen – all das hat sich für Frauen nicht verwirklicht.

Das formal geschlechtsneutrale Recht erklärt noch immer das ‚Männliche‘ zum Allgemeinen; die ungleichen Vorbedingungen der Geschlechter werden weitgehend negiert; auf diese Weise erzeugt gleiches Recht Unrecht.

Unserer weitgehend egalitären Rechtsordnung steht der tägliche Kampf von Frauen um ihre faktische Gleichstellung gegenüber, also eine nicht-egalitäre Rechtswirklichkeit.

Jede kritische Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis führt unweigerlich zur Thematisierung von Männergewalt gegen Frauen, der schlimmsten Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Selbst dann, wenn wir nicht davon ausgehen, dass alle Männer Täter und alle Frauen unmittelbar von Gewalt betroffen sind, so hat die Tatsache massenhafter Gewalt gegen Frauen doch Auswirkungen auf alle Männer und all Frauen – und der Grad der Menschenwürde in unserer Gesellschaft wird daran sichtbar.

Wenn ich am Anfang davon gesprochen habe, dass das Verhältnis der Geschlechter keine rein private Angelegenheit ist, sondern durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen geprägt ist, so sind die Zusammenhänge zwischen patriarchalen Strukturen und Männergewalt gegen Frauen hinlänglich erwiesen.

Die ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern in allen gesellschaftlichen Bereichen, die soziale und ökonomische Abhängigkeit vieler Frauen, das Festhalten an Klischees von Männlichkeit und Stärke und nicht

zuletzt die Toleranz unseres Rechtssystems und einer breiten Öffentlichkeit gegenüber sogenannter privater Gewalt – all das begünstigt Männer bei der Ausübung sexueller und aller anderen Formen von Gewalt gegen Frauen.

Je mehr es uns mit unserem politischen Handeln gelingt, Frauen tatsächlich gleiche Chancen im Erwerbsleben einzuräumen, ihnen eine unabhängige Existenzsicherung zu ermöglichen, umso näher werden wir der erforderlichen sozialen und persönlichen Stärkung der Frauen kommen.

Neben der Einbindung in kollektive Handlungsmuster, dem Festhalten an sämtlichen Privilegien der Männergesellschaft geht es immer auch um die jeweilige Entscheidung zur Teilhabe, zu Nutzung und Ausnutzung von Herrschaftsmöglichkeiten gegenüber Frauen. D.h. es gibt auch eine Alternative.

Seit einigen Jahren, Tendenz steigend, müssen wir eher das Gegenteil feststellen. Statt Verzicht auf Teilhabe zugunsten von Frauen geht die Entwicklung dahin, diese wieder in die Schranken ihrer traditionellen Rollen zu verweisen.

Gewiss soll nicht geleugnet werden, dass es einzelne Männer gibt, die versuchen, ihrerseits aus Rollen- und Anpassungszwängen auszubrechen, die versuchen, alte Leitbilder abzustreifen und neue Lebensformen auszuprobieren. Doch so erfreulich diese spärlichen Einzelfälle sind – die gesellschaftliche Realität zeigt sich nicht sehr berührt vom Auftauchen solcher Männer.

Im Gegenteil. Wirtschaftliche Rezession und angespannter Arbeitsmarkt begünstigen und legitimieren vordergründig die Versuche, den Gleichstellungs- und Entdiskriminierungsprozess von Frauen zu stoppen oder zumindest zu bremsen.

In unterschiedlicher Ausprägung und Intensität wird für Frauen spürbar, dass einerseits frauenpolitische Errungenschaften nicht gesichert sind und andererseits die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Geschlechterdemokratie denkbar schlecht ist.

Angesichts der prekären Ausgangslage und der aktuellen gesellschaftspolitischen Trends können wir uns n i c h t damit begnügen, uns gegenseitig mit dem für Frauen schon Erreichten zu beschwichtigen.

Inhalte, Positionen und Ziele von Frauenpolitik müssen eine grundlegende Veränderung von Denk- und Handlungsstrukturen im Sinne haben. Frauenpolitik muss den Anspruch haben, sich konkret dafür zu engagieren, dass das Geschlecht k e i n Faktor für die möglichst optimale Realisierung von Lebenschancen der Menschen ist.

Frigga Haug, die deutsche Wissenschaftlerin und Feministin, hat allerdings folgerichtig formuliert, dass das Harmoniebedürfnis ein arger Feind bei Erkenntnisprozessen ist!

In diesem Sinne möchte ich Sie zu einer konflikthaftern, aber ebenso kreativen Auseinandersetzung ermutigen.